Sehr geehrter Herr Becker,

sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Block,

sehr geehrte Mitglieder des Hauptausschusses,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrte Damen und Herren,

das ist es nun: das Personaleinsparungskonzept, welches gemäß Ihres Beschlusses vom 09.02.26 heute vorgestellt werden sollte.

Wie bereits in der Sitzung des Hauptausschusses im Februar dieses Jahres wende ich, Wiebke Grabow, Vorsitzende des Personalrates, mich stellvertretend für rund 1500 Kolleginnen und Kollegen an Sie.

Heute wurde „nur“ das Konzept zu Personaleinsparungen vorgestellt.

Heute werden noch keine Beschlüsse gefasst.

Aber das Konzept ist die Basis für Beschlüsse zu Personaleinsparungen, die die Kolleginnen und Kollegen direkt betreffen.

Nicht erst seit dem Beschluss über das Personaleinsparungskonzept im Februar dieses Jahres herrscht Unruhe, Verunsicherung, wenn nicht sogar Angst um den Arbeitsplatz, um die Existenz bei den Kolleginnen und Kollegen.

Bereits zum jetzigen Zeitpunkt arbeiten viele Kolleginnen und Kollegen am Limit und noch darüber.

Wenn durch Beschlüsse der Politik Personal eingespart werden soll, geht das zu Lasten der Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen.

Die Stadt Norderstedt wächst.

Politik beschließt z.B. immer weitere Neubaugebiete.

Das heißt es gibt immer mehr Bürgerinnen und Bürger, die die Dienstleistungen und Angebote der Stadtverwaltung in Anspruch nehmen müssen. Denn bei Behördenangelegenheiten hat der Bürger, die Bürgerin keine Möglichkeit einen anderen Dienstleister zu wählen.

Wie soll das mit weniger Personal funktionieren?

Die Ihrerseits immer wieder angeführten Aspekte der Digitalisierung und daraus resultierenden Einsparungen lassen sich nicht kurzfristig umsetzen.

Um die Digitalisierung weiter zu etablieren und zwar in allen Bereichen der Verwaltung, insbesondere auch denen, die weder bei Ihnen noch beim Bürger offensichtlich sind, braucht es mehr personelle Kapazitäten, mehr Arbeitszeit, da das laufende Geschäft nicht ruht. Die Bereiche können sich nicht für einen bestimmten Zeitraum „zurückziehen“, um z.B. Akten für die Digitalisierung

aufzubereiten, auch die Einführung neuer digitaler Prozesse bedarf entsprechender Tests und das alles zusätzlich.

Die Oberbürgermeisterin steht in dieser Diskussion zwischen den Stühlen:

Sie ist einerseits dafür verantwortlich, die Beschlüsse der Politik – Ihre Beschlüsse umzusetzen.

Sie ist aber auch Chefin und Personalverantwortlich für rund 1500 Mitarbeitende. Sie hat eine Fürsorgepflicht für alle Kolleginnen und Kollegen.

Ich appelliere an Sie: prüfen und beschließen Sie erst, welche Aufgaben wegfallen können bzw. nicht mehr von der Verwaltung erledigt werden sollen, bevor Sie wohlmöglich die Reduzierung von Stellen beschließen.

Wie den Ausführungen von Herrn Krösche zu entnehmen war, liegt die Stadt Norderstedt mit ihren Personalkosten weit unter dem, was seitens der Kommunalaufsicht für Personalkosten anzusetzen ist.

Die Personalkosten sind somit nicht das Problem der finanziellen Schieflage der Stadt!

Auch die Umwandlung von Personal in Sachkosten durch Aufgabenübertragung an Dritte bzw. städtische Gesellschaften ist im Endeffekt nicht günstiger! Gemacht werden muss die Arbeit so oder so!

Nur so kann weiterhin gute und zuverlässige Arbeit der Kolleginnen und Kollegen als Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Norderstedt gewährleistet werden.

Und ich wiederhole an dieser Stelle meine Worte aus Februar: gehen Sie gemeinsam mit der Personalvertretung und den Fachleuten aus der Verwaltung in den Dialog, um Lösungen zu finden, die nicht zu Lasten der Gesundheit der Mitarbeitenden gehen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!